

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
I. EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK.....	1
1. LEGALITÄTSPRINZIP / OPPORTUNITÄTSPRINZIP .....	1
2. EINSTELLUNGSHÄUFIGKEIT .....	3
3. FEHLERANFÄLLIGKEIT STAATSANWALTSCHAFTLICHER EINSTELLUNGEN .....	5
II. PROBLEMSTELLUNG DIESER UNTERSUCHUNG .....	7
<b>B. AUFBAU DER UNTERSUCHUNG .....</b>	<b>11</b>
<b>C. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER §§ 153 FF. STPO .....</b>	<b>15</b>
I. EINSTELLUNGSMÖGLICHKEITEN NACH DER RSTPO 1877/79.....	15
II. REFORMBESTREBUNGEN BIS 1923 .....	15
III. WENDEPUNKT: EMMINGERSCHE VERORDNUNG .....	17
IV. WEITERE REFORMEN BIS ZUM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK .....	19
V. VON DER MACHTERGREIFUNG HITLERS BIS ZUM ENDE DES DRITTEN REICHS .....	21
VI. ABKEHR VOM NATIONALSOZIALISTISCHEN GEDANKENGUT .....	23
1. UNVERÄNDERTE NORMEN AUS DER EVO 1924 BZW. DER NOTVERORDNUNG 1931 .....	24
2. IN DER ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS GEÄNDERTE NORMEN .....	25
3. IM NATIONALSOZIALISMUS ENTSTANDENE NORMEN .....	25
VII. ENTWICKLUNGEN BIS ZUM EGSTGB 1974 .....	26
1. DAS ERSTE STRAFRECHTSÄNDERUNGSGESETZ VOM 30.08.1951 .....	26
2. DAS DRITTE STRAFRECHTSÄNDERUNGSGESETZ VOM 04.08.1953.....	26
3. DAS VIERTE STRAFRECHTSÄNDERUNGSGESETZ VOM 11.06.1957 .....	27
4. DAS GESETZ ZUR ÄNDERUNG DER StPO UND DES GVG VOM 19.12.1964 .....	27
5. DAS ACHTE STRAFRECHTSÄNDERUNGSGESETZ VOM 25.06.1968 .....	27
VIII. DAS EGSTGB.....	28
IX. DAS RECHTSPFLEGEENTLASTUNGSGESETZ .....	30
X. NEUERE ÄNDERUNGEN.....	31
XI. ZUSAMMENFASSUNG .....	32
<b>D. ERLÄUTERUNG DER EINSTELLUNGSMÖGLICHKEITEN .....</b>	<b>35</b>
I. EINSTELLUNG BEI GERINGFÜGIGKEIT, § 153 STPO.....	35
1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	35



2. DIE EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	36
a. Geringe Schuld .....	36
b. Fehlendes öffentliches Interesse .....	37
c. Notwendiger Tatverdacht .....	38
d. Ermessensentscheidung?.....	39
e. Weitere Voraussetzungen.....	39
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	39
II. EINSTELLUNG NACH ERFÜLLUNG VON AUFLAGEN, § 153 A STPO.....	41
1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	41
2. DIE EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	42
a. Keine schwere Schuld .....	42
b. Beseitigung des öffentlichen Interesses.....	43
c. Notwendiger Tatverdacht .....	44
d. Zustimmung .....	45
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	45
III. EINSTELLUNG BEI ABSEHEN VON STRAFE, § 153 B STPO.....	45
1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	46
2. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	46
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	47
IV. NICHTVERFOLGUNG VON AUSLANDSTATEN, § 153 C STPO .....	47
1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	47
2. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	48
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	49
V. EINSTELLUNG BEI MEHRFACHTÄTERN, § 154 STPO .....	49
1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	49
2. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	50
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	51
VI. BESCHRÄNKUNG DER STRAFVERFOLGUNG, § 154 A STPO .....	52
1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	52
2. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	52
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	53
VII. EINSTELLUNG BEI AUSLIEFERUNG UND AUSWEISUNG, § 154 B STPO .....	53
1. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	54
2. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	55
VIII. EINSTELLUNGEN BEI NÖTIGUNGEN ODER ERPRESSUNGEN, § 154 C STPO .....	55



1. SINN UND ZWECK DER VORSCHRIFT .....	55
2. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	55
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	56
IX. ENTSCHEIDUNG EINER VORFRAGE, § 154 D STPO .....	57
1. SINN UND ZWECK DER NORM.....	57
2. EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN.....	57
3. FOLGEN DER EINSTELLUNG .....	58
X. EINSTELLUNG BEI FALSCHER VERDÄCHTIGUNG, BELEIDIGUNG, § 154 E STPO .....	58
XI. VORLÄUFIGE EINSTELLUNG BEI ABWESENHEIT DES BESCHULDIGTEN, § 154 F STPO .....	59
<b>E. RECHTSSCHUTZMÖGLICHKEITEN DE LEGE LATA.....</b>	<b>61</b>
I. RECHTSSCHUTZ NACH § 23 EGGVG .....	61
1. KEINE VERLETZUNG EINES SUBJEKTIVEN RECHTS .....	61
2. FEHLENDER JUSTIZVERWALTUNGSAKT BEI VERFAHRENEINSTELLUNG.....	62
a. Argumentation der Rechtsprechung .....	62
b. Argumentation in der Strafprozesstheorie.....	63
3. SUBSIDIARITÄT DES § 23 EGGVG .....	64
II. RECHTSSCHUTZ NACH § 304 STPO .....	64
III. RECHTSSCHUTZ NACH § 98 ABS. 2 S. 2 STPO ANALOG .....	65
IV. RECHTSSCHUTZ DURCH ZUSTIMMUNG DES GERICHTS.....	65
1. ZUSTIMMUNG ALS RECHTSSCHUTZ.....	65
2. ZUSTIMMUNG ALS EFFEKTIVER UND LÜCKENLOSER RECHTSSCHUTZ? .....	66
V. WIEDERAUFNAHME DES VERFAHRENS.....	69
VI. WEITERE RECHTSSCHUTZMÖGLICHKEITEN .....	71
1. DIENSTAUF SICHTS BESCHWERDE .....	71
2. GEGENVORSTELLUNG .....	72
3. PETITION GEM. ART. 17 GG .....	73
4. VERFASSUNGSBESCHWERDE .....	73
5. KOMPENSATORISCHE „RECHTSBEHELFE“ .....	73
VII. ERGEBNIS .....	75
<b>F. DIE STIGMATISIERUNG DES BESCHULDIGTEN ALS ANLASS ZUR ÄNDERUNG DER RECHTSLAGE.....</b>	<b>77</b>
I. STIGMATISIERUNG DES BESCHULDIGTEN DURCH DAS ERMITTLUNGSVERFAHREN .....	78



1. STIGMATISIERUNG: EIN VERSUCH DER DEFINITION.....	79
2. AUSGANGSPUNKT: ANFANGSVERDACHT .....	80
a. Definition Anfangsverdacht .....	80
b. Stigmatisierende Wirkung des Anfangsverdachts.....	82
c. Exkurs: Lösung Vorermittlungsverfahren? .....	83
3. ZWANGS- UND ERMITTLUNGSMAßNAHMEN .....	84
4. STIGMATISIERUNG DURCH MEDIALE BERICHTERSTATTUNG .....	85
a. Wirkungen der medialen Berichterstattung .....	86
b. Anforderungen an die Kriminalberichterstattung .....	87
c. Identifizierende Berichterstattung .....	88
d. Auswirkungen auf die mediale Stigmatisierung.....	89
e. Möglichkeiten des Beschuldigten gegen die Berichterstattung .....	91
f. Ergebnis.....	92
5. FOLGEN DER STIGMATISIERUNG.....	92
a. Persönliche Folgen .....	92
b. Berufliche Folgen .....	93
c. Familiäre, soziale Folgen .....	96
6. ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNIS .....	97
II. SOZIALADÄQUANZ DER STIGMATISIERUNGEN? .....	98
1. IM FALLE EINES ZU RECHT BESCHULDIGTEN.....	98
2. IM FALLE EINES UNSCHULDIGEN BESCHULDIGTEN .....	98
3. ERGEBNIS .....	101
III. STIGMATISIERUNG IM FALLE DER EINSTELLUNG GEM. § 170 ABS. 2 STPO?.....	102
1. REHABILITIERUNGSWIRKUNG § 170 ABS. 2 STPO .....	102
2. EINWAND FEHLENDER ÖFFENTLICHKEITSWIRKSAMKEIT .....	103
3. REHABILITIERUNGSWIRKUNG BEI NICHT NACHWEISBARER TATBEGEHUNG .....	105
4. REHABILITIERUNGSWIRKUNG BEI ANDERER BEGRÜNDUNG.....	107
a. Freie Auswahl der Einstellungsgründe?.....	108
b. Folge der Einstellung wegen eines Verfahrenshindernisses.....	108
c. Stigmatisierungen sozialadäquat? .....	108
5. ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNIS .....	109
IV. STIGMATISIERUNG IM FALLE DER EINSTELLUNGEN AUS OPPORTUNITÄTSGRÜNDEN .....	110
1. REHABILITIERUNG DURCH EINSTELLUNGEN GEM. §§ 153 FF. STPO .....	111
a. Anfangsverdacht bleibt aufrechterhalten.....	111
b. Höherer Verdachtsgrad bleibt aufrechterhalten .....	111



c. Ergebnis .....	112
2. STIGMATISIERUNGEN DURCH DIE EINSTELLUNG GEM. §§ 153 FF. StPO .....	113
a. Schuldewägungen .....	113
i. Schuldewägungen bei § 153 StPO .....	113
ii. Schuldewägungen bei § 153 a StPO .....	114
b. Exkurs: Verstoß gegen die Unschuldsvermutung? .....	116
i. Charakteristik der Unschuldsvermutung .....	116
ii. Verstößt § 153 StPO gegen die Unschuldsvermutung? .....	117
iii. Verstößt § 153 a StPO gegen die Unschuldsvermutung? .....	118
iv. Verstoßen die übrigen Einstellungsnormen gegen die Unschuldsvermutung? .....	121
v. Ergebnis .....	122
c. Einwand: fehlende Begründung .....	122
d. Verfahrenseinstellung bei Verbrechen .....	123
e. Eintragung in das ZStV .....	124
i. Zweck der Eintragung .....	124
ii. Was wird gespeichert? .....	125
iii. Wie lange erfolgt die Speicherung? .....	126
iv. Wer ist auskunftsberechtigt? .....	126
v. Folgen der Eintragung in das ZStV .....	127
vi. Ergebnis .....	129
f. Stigmatisierung durch Weitergabe von Informationen .....	129
g. Berücksichtigung der Einstellung in späteren Strafverfahren .....	131
i. Berücksichtigung bei der Strafzumessung .....	131
ii. Auswirkung auf die Stigmatisierung. ....	133
iii. Berücksichtigung bei der Beweiswürdigung .....	136
iv. Berücksichtigung bei späteren Einstellungen .....	137
v. Ergebnis .....	138
h. Auswirkungen der Einstellung auf andere Verfahren .....	138
i. Auswirkung der Einstellung auf die Strafaussetzung zur Bewährung .....	140
j. Stigmatisierende berufliche Folgen der Opportunitätseinstellungen .....	142
i. Arbeitsrechtliche Folgen .....	142
ii. Gewerberechtliche Folgen .....	143
iii. Beamtenrechtliche Folgen .....	145
iv. Vergaberechtliche Folgen .....	146
v. Weitere berufliche Folgen .....	146



k. Sonderfall: Stigmatisierung § 153 a StPO .....	147
i. Zustimmung des Beschuldigten .....	147
ii. Auflagen .....	148
l. Ergebnis .....	150
3. MÖGLICHE AUSNAHMEFÄLLE VON DEN STIGMATISIERUNGSWIRKUNGEN .....	150
a. Einstellung gem. § 154 e und gem. § 154 f StPO .....	150
b. § 154 a StPO als scheinbare Ausnahme .....	151
c. Einstellungen mit Auslandsbezug .....	155
V. ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNIS .....	157
<b>G. ARGUMENTE FÜR UND WIDER EINEN RECHTSSCHUTZ .....</b>	<b>159</b>
I. ARGUMENTE GEGEN DEN RECHTSSCHUTZ .....	159
1. RECHTSBEHELF WIDERSPRICHT DEM ZWECK DER EINSTELLUNGSNORMEN .....	159
2. STRAFVERFAHREN DIENT NICHT DER REHABILITATION .....	161
3. BESCHULDIGTER STEHT UNTER DEM SCHUTZ DER UNSCHULDSVERMUTUNG .....	163
II. ARGUMENTE FÜR EINEN RECHTSSCHUTZ .....	167
1. UNBESTIMMTHEIT DER EINSTELLUNGSVORAUSSETZUNGEN .....	167
2. EINDÄMMUNG DER MISSBRAUCHSGEFAHR BZW. DER STAATLICHEN WILLKÜR .....	168
3. BESCHULDIGTENSCHUTZ .....	171
4. VERGLEICHBARKEIT MIT DEM CANNABIS-BESCHLUSS DES BVERFG .....	174
5. VERGLEICHBARKEIT MIT DER SITUATION DES VERLETZTEN .....	176
a. Die erste These .....	176
b. Die zweite These .....	178
c. Die dritte These .....	179
d. Die vierte These .....	181
e. Ergebnis .....	184
III. ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNIS .....	185
<b>H. RECHTSSCHUTZ NACH § 23 EGGVG I.V.M. ART. 19 ABS. 4 GG .....</b>	<b>187</b>
I. VERLETZUNG EIGENER RECHTE, § 24 EGGVG .....	188
1. VERLETZUNG DES ALLGEMEINEN PERSÖNLICHKEITSRECHTS, ART. 2 ABS. 1 I.V.M ART. 1 ABS. 1 GG .....	188
a. Ehrenschutz .....	189
b. Recht auf Rehabilitation .....	191
2. VERLETZUNG WEITERER GRUNDRECHTE .....	194
3. AUSNAHMEFALL § 153 A ABS. 1 STPO? .....	195
a. Argumente für eine Legitimation des Makels .....	195



b. Argumente wider eine Legitimation des Makels .....	196
i. Keine Freiwilligkeit der Entscheidung .....	196
ii. Keine Vergleichbarkeit mit einer Verständigung im Strafverfahren .....	198
iii. Fehlende Vergleichbarkeit mit einem Einspruch gegen einen Strafbefehl .....	198
c. Zwischenergebnis .....	199
d. Abgleich der Ergebnisse .....	200
4. AUSNAHMEFALL § 153 c Abs. 3, 4 StPO .....	201
5. ERGEBNIS .....	204
II. VORLIEGEN EINES JUSTIZVERWALTUNGSAKTS? .....	204
1. EINSTELLUNG ALS JUSTIZVERWALTUNGSAKT? .....	204
a. Auslegung nach dem Sinn und Zweck .....	205
i. Prozesshandlung als unbekanntes Abgrenzungskriterium .....	205
ii. § 23 EGGVG fordert keinen Justizverwaltungsakt .....	205
iii. Zwischenergebnis .....	207
iv. Verfahrenseinstellung als doppelfunktionelle Prozesshandlung .....	208
b. Vorbereitender Charakter staatsanwaltschaftlicher Tätigkeit .....	209
2. AUSLEGUNG IM LICHT VON ART. 19 Abs. 4 GG .....	211
a. Akt der öffentlichen Gewalt? .....	212
b. Bedeutung für die Rechtswegeröffnung .....	214
3. ERGEBNIS .....	215
III. SUBSIDIARITÄT GEM. § 23 Abs. 3 EGGVG .....	215
1. ABSCHLIEßENDES RECHTSSCHUTZSYSTEM .....	215
2. SUBSIDIARITÄT AUFGRUND § 172 Abs. 2 S. 3 StPO .....	217
3. VORRANGIGER RECHTSSCHUTZ NACH § 98 Abs. 2 S. 2 StPO ANALOG .....	218
a. Argumentation für die analoge Anwendung des § 98 Abs. 2 S. 2 StPO .....	218
b. Argumentation gegen die analoge Anwendung des § 98 Abs. 2 S. 2 StPO .....	220
i. Rechtliche Vergleichbarkeit .....	220
ii. Wertende Vergleichbarkeit .....	221
iii. Ergebnis .....	222
4. FORTSETZUNG DES VERFAHRENS ALS VORRANGIGE RECHTSSCHUTZMÖGLICHKEIT .....	222
5. WEITERE RECHTSSCHUTZMÖGLICHKEITEN .....	223
6. ERGEBNIS .....	224
IV. ZUSAMMENFASSUNG UND ERGEBNIS .....	224



<b>I. AUSGESTALTUNG DES RECHTSSCHUTZES</b>	227
I. ALLGEMEINE AUSGESTALTUNG	227
II. PRÜFUNGSUMFANG	227
III. ENTSCHEIDUNG DES GERICHTS	229
<b>J. ÜBERTRAGBARKEIT DER GEFUNDENEN ERGEBNISSE</b>	233
I. GERICHTLICHE VERFAHRENEINSTELLUNGEN	233
1. RECHTSSCHUTZMÖGLICHKEITEN DE LEGE LATA	233
2. STIGMATISIERUNGEN DURCH DIE GERICHTLICHEN VERFAHRENEINSTELLUNGEN	235
3. RECHTSSCHUTZ GEM. § 23 EGGVG I.V.M. ART. 19 Abs. 4 GG	235
a. Rechtsschutzgarantie hinsichtlich Richterakte?	236
i. Rechtsschutz ad infinitum	238
ii. Wesensmerkmale richterlicher Entscheidungen	239
b. Übertragbarkeit der bisherigen Ergebnisse	241
i. Justizverwaltungsakt	241
ii. Subsidiarität	241
4. ERGEBNIS	244
II. VERFAHRENEINSTELLUNGEN DURCH DEN GENERALBUNDESANWALT	244
<b>K. ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE</b>	247
I. GEGENSTAND DER UNTERSUCHUNG	247
II. STIGMATISIERUNG DES UNSCHULDIGEN BESCHULDIGTEN	248
III. RECHTSSCHUTZ GEGEN OPPORTUNITÄTSEINSTELLUNGEN	252
IV. ABSCHLIESSENDES ERGEBNIS DER UNTERSUCHUNG	255
<b>L. ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG</b>	257
<b>M. LITERATURVERZEICHNIS</b>	259